

uk-online

Zurzeit wird unweit versucht, das Datenerfassungssystem *uk-online* zu installieren. Was an der Oberfläche dazu dient, Anmeldungen zu Lehrveranstaltungen im Internet zu vereinfachen, kann auch zum dauerhaften Speichern von Daten genutzt werden. Beim Studienkontenmodell kann so kontrolliert werden, welche Veranstaltungen besucht wurden. Germanistikdozent Horst Lohnstein, der »Erfinder« von *uk-online*, verkündet schon, dass auch der Besuch von Vorlesungen registriert werden müsse. Aus datenschutzrechtlicher Hinsicht ist das System bedenklich, da ein diskreter Umgang mit persönlichen Daten nicht gewährleistet ist, zudem die Universität Köln weder eine Datenschutzverordnung noch eine unabhängige Datenschutzbeauftragte hat.

Sammelklagen

Die Alternative Liste arbeitet eng mit dem Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) zusammen. So verteilen wir Formulare für die landesweiten Sammelklagen gegen die »25-Euro-Gebühren« bei verspäteter Zahlung des Semesterbeitrags oder Ausstellung einer Zeitschrift des StudentInnenausweises an unseren Infotischen. Diese Kampagne hat dazu geführt, dass auf Anordnung der Landesregierung die Erhebung dieser Gebühren vorübergehend ausgesetzt wurde. Alle StudentInnen, die im letzten Jahr von diesen Gebühren betroffen waren, können sich noch an diesen Klagen beteiligen.

Mittlerweile hat die Landesregierung die Hochschulen mit einer Gebührenregelung beauftragt, was an der Universität Köln bereits umgesetzt wurde. Dagegen wird das ABS ebenfalls Klage erheben, da auch diese Gebühren überhöht sind. An unseren Infotischen liegen bald Formulare für die Sammelklagen gegen die Langzeit- und Zweitstudiumsgebühren aus. Diese landesweite ABS-Kampagne soll die ab dem Sommersemester 2004 erhobenen Studiengebühren zu Fall bringen. Wir rufen alle Betroffenen auf, sich an der Kampagne zu beteiligen. Infos unter www.abs-nrw.de.

Hochschulkonzept 2010

Im Herbst 2004 will das Ministerium für Wissenschaft und Forschung (MWF) mit den Hochschulen eine neue »Zielvereinbarung« abschließen. Anhand der Auslastung der einzelnen Fachbereiche soll eruiert werden, wo weitere Stellen gestrichen werden können. Berechnet werden soll dies anhand der Lehrauslastung, des Lehr- und des Forschungserfolgs. Lehr- und Forschungserfolg werden mittels der Relation von AbsolventInnen und Drittmitteln zu wissenschaftlichen MitarbeiterInnen gemessen. Die Lehrauslastung basiert auf den so genannten Normstudienplätzen, die aus Lehrangebot, Regelstudienzeit und Curricularem Normwert berechnet werden. Bis Ende 2003 sollen die Universitäten konkrete Kapazitätsziele und Umsetzungsschritte vorlegen – im Klartext: wo und wieviele Stellen die Hochschulen »freiwillig« wegfällen lassen.

Bei Auslastung unter 80 Prozent und zu wenigen AbsolventInnen pro WissenschaftlerInnenstelle ist mit entsprechenden Stellen- und/oder Mittelkürzungen zu rechnen. An der Universität Köln wären z. B. Philosophie, Chemie und Physik heiße Streichkandidatinnen.

Das Letzte

»Studenten werden in der Regelstudienzeit gefördert und danach sollten wir uns von dem Ballast trennen« (Rektor Tassilo Klipper während der Senatssitzung am 16. Juli 2003)

»Die Staatskasse ist aber leer, und dass Staatswirtschaft ineffizient ist, zeigen zahllose Beispiele. Studiengebühren lösen diese Probleme. Sie bringen den Universitäten Geld und schaffen Konkurrenz zwischen ihnen.« (Selbstdarstellung der Liberalen Hochschulgruppe in der offiziellen Wahlzeitung 2003)

Mit Planwirtschaft zur Marktwirtschaft

Der Fünfjahresplan der Ökonomisierung der Hochschulen schreitet voran



Bei den alten französischen KommunistInnen war die Verbindung von *science* und *travail* nicht nur Fassade.

Foto: Raphaela Häuser

Glaut man BildungsministerInnen und Wirtschaftsverbänden, so ist Bildung eine Ressource oder ein knappes und begrenztes Gut, mit dem man sparsam und effizient umgehen muss. Bildung aber ist Wissen, das durch gesellschaftliche Prozesse produziert, konsumiert und reproduziert wird. Wissen kann praktisch unendlich erweitert werden. Begrenzt sind lediglich die Institutionen und Medien, um vor allem wissenschaftliches, also überprüfbares Wissen weiterzuentwickeln und weiterzugeben. Bildung und Wissen sind demnach vor allem durch die Regulierung solcher Institutionen und Medien gesellschaftlich steuerbar.

Natürlich ist Bildung auch im »privaten«, selbst organisierten Bereich, beispielsweise in der Familie oder in Lerngruppen möglich, sofern es das Umfeld zulässt. Bildung ist aber vorrangig eine gesellschaftliche Aufgabe. Der Zugang zum Bildungssystem unterliegt bestimmten Regeln, um die stets gesellschaftlich gerungen wird. So erkämpften sich Frauen das heute fast als selbstverständlich geltende Recht auf Hochschulbildung, das formal und auch materiell zunächst nur Männern offen stand. Kinder aus »bildungsfernen«, sozial schlechter gestellten Familien haben bis heute erhebliche Mühe, die materiellen Voraussetzungen für ein Studium zu erlangen, auch wenn sie formal einen freien Hochschulzugang haben. MigrantInnen müssen darüber hinaus zusätzlich zu den finanziellen auch noch formale Hürden überwinden.

Ein Staat setzt die Rahmenbedingungen eines Bildungssystems, indem er die Bildungsinstitutionen und den Zugang zur Bildung reguliert. Damit entscheidet auch der Staat bzw. die Staatsform darüber, wie Bildung umgesetzt wird und welche Funktionen sie hat. So wird auch reguliert, inwieweit Bildung zur Emanzipation, politischen Partizipation oder kulturellen Teilhabe trägt.

In einem kapitalistischen System hat ein Bildungssystem vorrangig immer zwei Funktionen: die Produktion von Arbeitskräften (Ausbildung) und speziell im Hoch-

schulbereich die Bereitstellung von notwendigem Wissen (Forschung). Diese Grundvoraussetzungen muss ein Staat sicherstellen, damit dieses Wirtschaftssystem funktionieren kann. Möglichst alle Menschen brauchen gewisse Basisqualifikationen, während Spezialausbildungen den individuellen Wert der Arbeitskraft erhöhen, der sich im Preis der Arbeitskraft, also dem Lohn, widerspiegelt. Dabei ist zu beobachten, dass soziale Verhältnisse reproduziert werden: Trotz formaler Gleichheit neigen Kinder aus finanziell besser gestellten Familien eher zu einem Hochschulstudium, während Kinder aus ärmeren Schichten, deren Eltern meist ebenfalls keine akademische Ausbildung genossen haben, seltener ein Studium aufnehmen. So bleiben soziale Verhältnisse stabil – eine breite Masse arbeitender und konsumierender Menschen steht einer Auswahl an Menschen mit »höherem« Ausbildungsgrad gegenüber.

Die Intensität dieser Reproduktion kann nach Bedarf gesteuert werden: Als es in den Sechzigerjahren zu wenige Fachkräfte in der BRD gab (die DDR wurde eingemauert, die alten Nazi-Eliten starben langsam weg, die Produktivität war stark gestiegen), wurden die Studiengebühren abgeschafft, Hochschulen neu- bzw. ausgebaut und später das BAföG eingeführt, sodass sich das Bildungssystem sozial öffnete. Spätestens in den Achtzigerjahren nahm dieser Trend ab, der Bedarf an Fachkräften war weitgehend gedeckt, die Ausstattung des Bildungssystems stagnierte. Wie man an den regelmäßigen Sozialerhebungen des Deutschen StudentInnenwerks sehen kann, ist der Hochschulzugang zunehmend von der sozialen Herkunft abhängig, was sich durch eine Wiedereinführung der Studiengebühren noch weiter verstärken wird.

Solche Entwicklungen haben weniger mit der aktuellen Ausstattung der öffentlichen Kassen oder dem politischen Ziel sozialer Gerechtigkeit zu tun, vielmehr ist der Grad der sozialen Öffnung eine bewusste politische Entscheidung, mit der der Staat für die Bereitstellung geeigneter Arbeitskräfte in ausreichender Anzahl sorgen will.

Vergleichbares gilt für den Forschungsbereich: Der Staat sorgt für kostenlos verfügbares Wissen, das verwertet werden kann. Daher sind auch Befürchtungen, dass irgendwelche Konzerne Hochschulen komplett aufkaufen (die berühmte Vision der »McDonalds-Universität«) unbegründet. Für ein Unternehmen ist es weitaus interessanter, bestimmte Forschungsbereiche mit so genannten Drittmitteln auszustatten, damit einzelne Institute gezielt Forschungsarbeit leisten, die von den SponsorInnen genutzt werden können. Damit verschieben sich allerdings Forschungsschwerpunkte innerhalb der Universität.

Nach Auffassung der rot-grünen NRW-Landesregierung gehen solche Prozesse momentan aber nicht weit genug: Die Hochschulen und die StudentInnen sollen ökonomischer, leistungsfähiger und effizienter arbeiten. Um der Marktwirtschaft ein wenig nachzuhelfen, wurde das Studienkontenmodell entworfen. Alle StudentInnen erhalten ein gebührenfreies Kontingent an Semestern bzw. Semesterwochenstunden. Das steht erst einmal allen zur Verfügung, in einigen Fällen (Krankheit, Behinderung, Erziehung von Kindern etc.) gibt's auch ein paar Semester extra – man möchte ja schließlich kein »Humankapital« verschwenden. Man verknüpft also künstlich den Zugang zur Bildung, damit StudentInnen gezwungen sind, mit dieser gewollt begrenzten »Bildungsmenge« sparsam umzugehen. Wer dies nicht kann oder will, soll zukünftig 650 Euro für jedes zusätzliche Semester zahlen.

Diese Einnahmen fließen dann an die Hochschulen, Fakultäten und Institute. Dabei sollen nicht die Institute das meiste Geld bekommen, die die meisten »LangzeitstudentInnen« haben, also die Einnahmen »erwirtschaftet« haben. Die Verteilung soll umgekehrt proportional erfolgen: Ein schlecht ausgestattetes Institut mit langen Durchschnittsstudienzeiten bekommt weniger Mittel als ein Institut, das gut ausgestattet ist und den StudentInnen ein zügigeres Studium ermöglicht. Damit soll ein »Anreiz« für schlecht ausgestattete In-

stitute geboten werden, StudentInnen schneller zum Studienabschluss zu bringen, damit sie wieder mehr Gelder aus den Studiengebühreneinnahmen erhalten. Diese Marktlogik wird aber in der Regel dazu führen, dass einzelne Fachbereiche, die im Sinne der Landesregierung nicht »effektiv« sind, entweder den finanziellen Druck auf die StudentInnen übertragen müssen oder von erheblichen Kürzungen bis hin zur Schließung bedroht werden. Aber auch hier lässt sich die Landesregierung noch eine Hintertür offen: Damit nicht Fachbereiche schließen, an denen ein »öffentliches Interesse« besteht, können solche Bereiche gezielt mit »Bonusguthaben« subventioniert werden. Schließlich kann sich die »unsichtbare Hand« des Marktes ja auch mal irren ...

So schafft das Studienkontenmodell mit unglaublichem bürokratischen Aufwand weitere ökonomische Mechanismen an der Hochschule. Jeder Schritt der StudentInnen wird kontrolliert, erfasst und in Finanzzuweisungen an deren Fachbereiche umgerechnet. Zusätzlich schafft man Ausnahmetatbestände, um StudentInnen oder Hochschulen außerhalb dieser Regelungen doch noch mit »Guthaben« zu versorgen. Das Ziel dieser Planwirtschaft ist, dass Hochschulen und StudentInnen einen ökonomischen Umgang mit Bildung verinnerlichen und sich als KonkurrentInnen verstehen sollen. Je nach Marktbedarf greift das Ministerium dann ein, um den Markt wieder zu »säubern«.

Bildung als demokratische und emanzipatorische Errungenschaft wird zunehmend nur noch ein schwindender Nebeneffekt unseres Bildungssystems sein. Es liegt an uns, ob wir uns in Zukunft immer mehr zum »Humankapital« degradieren lassen wollen, oder ob wir für ein Recht auf Bildung und eine demokratische, solidarische und emanzipatorische Hochschule kämpfen.

Markus Struben

Impressum

Die Wahlzeitung wird herausgegeben von der Alternativen Liste der Universität Köln.

ISSN 1619-7607

Redaktion: Alternative Liste
Layout: Raphaela Häuser
V.i.S.d.P.: Markus Struben

Postadresse:
Alternative Liste Uni Köln
c/o BAVV
Gronewaldstraße 2
50931 Köln

Hotline:
0177 – 200 63 44 (Dieter)
0221 – 999 25 89 (Markus)

E-Mail:
al-plenum@uni-koeln.de

Internet:
www.al.uni-koeln.de

Öffentliches Plenum:
Dienstags 20 Uhr,
Meister-Ekkehart-Str. 7, 2. Etage



André Moeller
(Listenplatz 81)
BAföG- und
Sozialberatung



Bea Schulz
(Listenplatz 104)
SprecherInnenrat
der Phil, Fach-
schaft Anglistik,
Kommission für
Lehre, Studium
und Studienre-
form Phil, philtrat



Boris Siuda
(Listenplatz 108)
SprecherInnenrat
der Phil, Fach-
schaft Philosophie,
Solana Theater



Katrin Pilling
(Listenplatz 88)
Fachschaft Eth-
nologie